

OTA KONRÁD

## DER VERRATENE LIEBLING

### TSCHECHOSLOWAKISCHE AUSSENPOLITIK 1918–1938 ZWISCHEN REALITÄT UND ILLUSION

#### Einführung

Am 30. September 1938 wurde in München das bekannte Abkommen zwischen den Vertretern von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien unterschrieben, in dessen Folge die Tschechoslowakei umfangreiche Gebiete an das Dritte Reich abtreten musste.<sup>1</sup> Der frühere „Liebling der Entente“ fühlte sich von seinen westlichen Verbündeten verraten. Der Rest des Staates, die sogenannte Zweite Republik, entwickelte sich schnell zu einem undemokratischen, autoritären Staat, dessen Existenz nach weniger als sechs Monaten beendet wurde. Obwohl die Erste Republik dem extremen Druck von außen unterlag, wurde das autoritäre Regime der Zweiten Republik maßgeblich von den gleichen Politikern durchgesetzt, die zuvor tatkräftig an der Demokratie der Ersten Republik mitgewirkt hatten.

Es gibt zwei unterschiedliche Deutungen, die versuchen, die Stabilität der tschechoslowakischen Demokratie bis September 1938 – immerhin eine Ausnahme in Mitteleuropa zu dieser Zeit – und zugleich die schnelle Hinwendung zum autoritären Gedankengut und zur autoritären Praxis nach dem September 1938 zu erklären. Die erste, welche in einem Teil der tschechischen Historiographie und in der breiten Öffentlichkeit tief verwurzelt ist, übernimmt die staatstragende Mythologie der Ersten Republik: Die Tschechen seien durch ihre geschichtlichen Erfahrungen bzw. ihre soziale Zusammensetzung von Natur aus demokratisch einge-

---

<sup>1</sup> Aus einer schon unübersehbaren Fülle der Literatur zum Münchener Abkommen vgl. Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, hg. v. JÜRGEN ZARUSKY / MARTIN ZÜCKERT, München 2013. Dort auch weitere Literatur.

stellt. Den autoritären Zug des Regimes nach dem September 1938 erklärte man durch den unerwarteten „Verrat des Westens“ in München, der einen tiefen Schock und Verunsicherung im tschechischen Volk hervorgerufen habe. Die zweite Deutung hebt dagegen starke Kontinuitäten zwischen der Ersten und der Zweiten Republik hervor. Politische Entscheidungen seien bereits lange vor 1938 weitgehend selbstständig durch die Exekutive, ohne Rücksichtnahme auf das Parlament, getroffen worden. Auch die Zusammenarbeit der mitte-rechts und mitte-links stehenden Parteien müsse man kritisch sehen: Sie habe sich als eine Diktatur der kleinen Gruppe der Parteivorsitzenden entpuppt, die hinter verschlossenen Türen die ganze Politik bestimmt hätte. Die Stabilität der Ersten Republik sei durch eine undemokratische politische Praxis de facto erkauft worden und in der Situation nach dem September 1938 wären diese undemokratischen Tendenzen und Einstellungen nur noch deutlicher zum Vorschein gekommen. Falsch sei demnach die Annahme eines absoluten Bruchs zwischen Erster und Zweiter Republik.<sup>2</sup>

In diesem Text werde ich noch auf einen anderen Aspekt hinweisen, dem in diesen beiden Deutungsmustern wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Gründe sowohl für die Stabilität des Regimes der Ersten Republik als auch für die Abwendung von der Demokratie in der Zweiten Republik werden hier nämlich vor allem in internen Faktoren gesucht: in den kollektiv-psychologischen Einstellungen der tragenden Nation bzw. in der spezifischen politischen Kultur des Staates. Dagegen ist jedoch festzuhalten, dass die Tschechoslowakei keine Insel in Europa war. Sie war maßgeblich auch von externen Faktoren beeinflusst, wie nicht zuletzt das Ende der Ersten Republik in München in den letzten Septembertagen des Jahres 1938 zeigt.

Diese Verflochtenheit mit den gesamteuropäischen Entwicklungen ließ sich schon am Anfang der Zeit der Ersten Republik erkennen. Die Tschechoslowakei hatte mit ähnlichen Problemen wie andere neu gegründete bzw. wieder errichtete Staaten in Mittel- und Ostmitteleuropa unmittelbar nach dem Ende des Krieges zu kämpfen: mit den sozialen, demografischen und ökonomischen Folgen des Krieges, mit den unsicheren Grenzen, mit einer Welle der Nachkriegsgewalt, mit der radikalen Lin-

---

<sup>2</sup> Vgl. PETER BUGGE, Czech Democracy 1918–1938: Paragon or Parody?, in: *Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder* 47 (2006/2007), H. 1, S. 3–28. Eine Gegenposition findet sich bei: PHILIP J. HOWE u. a., The Creation of the Conditions for Consociational Democracy and its Development in Interwar Czechoslovakia, in: *Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder* 56 (2016), H. 2, S. 362–380.

ken, die die bestehende gesellschaftliche Ordnung herausforderte, mit der faktischen Multiethnizität der neuen Staaten sowie ihrer Zusammensetzung aus Gebieten, die früher noch zu verschiedenen Staaten gehört hatten.<sup>3</sup> Was sich jedoch unterschied, war das Ausmaß dieser Probleme. In dieser Hinsicht hatte die Tschechoslowakei im Vergleich zu Polen, Jugoslawien, Rumänien sowie zu Österreich bessere Karten. In jedem Fall war die Stabilität des neuen Staates stark von der Situation in Europa abhängig. Der Außenpolitik fiel daher eine besondere Bedeutung zu, da sie nicht nur partielle Interessen des Staates im Ausland durchsetzen musste, sondern auch für die Stabilität und letztlich für die Existenz der Tschechoslowakei verantwortlich war.

Diese essenzielle Bedeutung der Außenpolitik drückt sich auch in der politischen Langlebigkeit ihres wichtigsten Vertreters aus: Edvard Beneš hatte bis zu seiner Wahl zum Präsidenten im Jahre 1935 in allen Regierungen das Amt des Außenministers inne. Dies ist umso bemerkenswerter, da die Regierungen in den 1920er und 1930er Jahren in der Tschechoslowakei stets wechselten. Auch nachdem er zum Präsidenten gewählt worden war, beteiligte er sich entscheidend an der Ausformulierung der Hauptlinien der Außenpolitik, in der Krise im Sommer 1938 übernahm er die *de facto* wieder die Leitung der Außenpolitik.

Aber nicht nur diese personelle Kontinuität, sondern auch die spezifische Deutung der Außenpolitik machten die einzigartige Stellung von Beneš und seinen Diplomaten in der tschechoslowakischen Politik aus. Aus einer Reihe von Beneš' Äußerungen geht die Überzeugung hervor, dass sein Denken und sein Handeln in tiefstem Einklang mit dem Fortgang der Welt, mit dem Lauf der Geschichte und der natürlichen Entwicklung stehen. Beneš berief sich oft auf die wissenschaftlichen Grundlagen seiner Politik, wobei die Politik sogar eine angewandte praktische Wissenschaft sei.<sup>4</sup> Den Hintergrund seines Vertrauens darauf, im Einklang mit der natürlichen und notwendigen Entwicklung vorzugehen, bildeten die moralischen und geschichtspolitischen Erwägungen, die vom ersten Präsidenten des Staates, Tomáš Garrigue Masaryk, und dessen Umfeld entwickelt worden waren.<sup>5</sup> Masaryk versuchte, eine Konzeption der

---

<sup>3</sup> Vgl. BORIS BARTH, *Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938*, Frankfurt / New York 2015.

<sup>4</sup> Dazu vgl. EDVARD BENEŠ, *Zahraniční politika a demokracie [Außenpolitik und Demokratie]*, Praha 1923.

<sup>5</sup> Vgl. BRUCE R. BERGLUND, *Castle and Cathedral in Modern Prague. Longing for the Sacred in a Sceptical Agerague Cathedral*, New York 2016.

moralischen Größe des (tschechischen) Volkes zu entwickeln, die es ermöglichte, sie nicht nur aus reinen machtpolitischen Gesichtspunkten (Bevölkerungszahl, ökonomische oder militärische Stärke des Staates), sondern auch aus der Perspektive einer anderen, einer „ethischen“ Größe zu entwickeln. In diesem Sinne musste die Zukunft eines (kleinen) Volkes nicht unbedingt in der Anlehnung an eines der Machtzentren im herkömmlichen Sinn bestehen, wie in der austroslawistischen Konzeption an Wien oder in den panslawistischen Träumen an Moskau, sondern in der Errichtung eines eigenen Zentrums, dessen „Macht“ nicht zwangsläufig in einer quantitativen Größe zu sehen ist, sondern in einer moralischen, also qualitativen.<sup>6</sup> Ein Zeugnis für die geistige Welt, in der sich Beneš sein ganzes Leben lang bewegte, legte auch ein kurzer Brief von Masaryks Tochter, Alice Masaryková, an Beneš anlässlich des Todesstages ihrer Mutter, Charlotta Masaryková, zusammengefasst offen:

„Lieber Edek [=Edvard Beneš], heute ist es schon acht Jahre her. Möglicherweise hast Du in Genf manchmal angespannte und schwere Augenblicke. Vergiss aber nicht, dass Deine Arbeit leicht ist, denn Gott gibt immer Kraft, wenn er eine Aufgabe gibt. Deine Aufgabe kommt von Gott. Vergiss nicht, dass nicht Du sprichst, sondern durch Dich ein großes und edles Volk [...].“<sup>7</sup>

Das von Beneš oft betonte Vertrauen in die Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung und seine vermeintliche Kenntnis der Prinzipien der gegenwärtigen Welt gingen inhaltlich von der Konzeption des Volkes als grundlegendem demokratischen Handlungsträger aus, der ein natürliches Existenzrecht habe. Diese in vollem Maß vom tschechischen Volk verkörperten Eigenschaften garantierten nicht nur seine Eigenständigkeit und Freiheit, sondern ermöglichten auch ein Vertrauen in seine Zukunft. Wenn es seine moralische Größe erhalte, bleibe ihm auch eine ihm angemessene reale Macht. Die Zeit nach 1918, die aus Beneš’ Sicht eine Zeit der „Befreiung“ der bislang „unterdrückten“ kleinen Völker war, war eine Zeit, die für Beneš voll die Berechtigung dieses optimistischen Zukunftsglaubens bestätigte.

<sup>6</sup> VRATISLAV DOUBEK, Ideal „centra“ v češskoj i slovackoj politike pervoj poloviny XX v. Meždu centrum i periferiej [Ideal des „Zentrums“ in der tschechischen und slowakischen Politik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zwischen Zentrum und Peripherie], in: Centry i periferiji evropejskogo miroustrojstva [Zentren und Peripherien der europäischen Weltordnung], Moskva 2014, S. 357–372.

<sup>7</sup> Alice Masaryková an Edvard Beneš, Prag, 13.05.1931, Archiv des Außenministeriums, Prag [im Folgenden: AMZV], Ministerkabinett, Kart. 44.

Was passierte jedoch, kann man fragen, als die internationale Lage der Tschechoslowakei nicht in die Karten spielte, und die Entwicklung in Europa diesen staatstragenden Mythos zu widerlegen drohte? Wie wurden diese Entwicklungen nach innen kommuniziert und erklärt? Diese Frage zu beantworten bedeutet, dass im Folgenden die tschechoslowakische Außenpolitik nicht per se untersucht wird, d. h. Gegenstand des Interesses sind nicht die – im Übrigen schon hinreichend erforschten – Erfolge wie auch Misserfolge von Beneš und seinen Diplomaten in Europa und in der Welt in den 1920er und 1930er Jahren. Es geht vielmehr um die Vermittlung der internationalen Politik nach innen, um den Beitrag der Außenpolitik zur inneren Stabilisierung des Staates. Dieser eher essayistisch gestaltete Beitrag kann lediglich erste Ansätze zu diesem Thema anbieten.<sup>8</sup>

Ausgehend von dieser Fragestellung werde ich mich im Folgenden vier ausgewählten außenpolitischen Ereignissen nähern und dabei der Art und Weise, wie sie von der tschechoslowakischen Außenpolitik nach innen dargestellt wurden. Sie erstrecken sich über die ganzen 1920er und 1930er Jahre und werden chronologisch behandelt. Die Analyse beginnt zunächst mit den Ergebnissen der Pariser Friedenskonferenz, widmet sich im nächsten Schritt dem wichtigsten Ereignis der europäischen Politik Mitte der 1920er Jahre, der Konferenz in Locarno, behandelt darüber hinaus den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion, der die Verhältnisse in Mitteleuropa am Anfang der 1930er Jahre grundlegend zu ändern drohte, und endet abschließend mit dem Anschluss Österreichs, der den Prager Politikern die Bedrohung seitens NS-Deutschlands und das finale Versagen des Versailler Systems direkt vor Augen führte.

### Von der Marginalisierung zur Politik der Illusionen

Für die Tschechoslowakei endete die Pariser Konferenz zweifellos mit einem positiven Ergebnis. Vor allem die territorialen Bestimmungen entsprachen fast allen Vorstellungen der tschechischen Politik. Edvard Beneš, der am 30. September 1919 die Nationalversammlung über den Vertrag von Saint-Germain informierte, wurde mit stürmischem Applaus

---

<sup>8</sup> Die Textstellen über die Konferenz in Locarno und über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan stützen sich auf die in Vorbereitung befindliche deutsche Übersetzung meines Buches über die tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen: OTA KONRÁD, Nevyvážené vztahy. Československo a Rakousko 1918–1933 [Unausgewogene Beziehungen. Die Tschechoslowakei und Österreich 1918–1938], Praha 2012.

empfangen und mehrfach durch Hurra-Rufe und weiteren Applaus unterbrochen.<sup>9</sup> Doch ein Aspekt der Pariser Verträge, die finanziellen Bestimmungen, fiel für die Tschechoslowakei nicht besonders günstig aus. Obwohl die Tschechoslowakei als einer der Siegerstaaten wahrgenommen wurde und sich selbst als solcher verstand, musste die neue Republik auch einen Teil der Schulden der alten Monarchie übernehmen und vor allem den sogenannten Liberalisierungsbeitrag, de facto die Reparationen an die Entente-Staaten, bezahlen. Hier wog nicht nur der symbolische Aspekt, sondern auch die Höhe von ca. 4,95 Milliarden tschechoslowakischen Kronen schwer.<sup>10</sup>

Die Leiter der tschechoslowakischen Delegation in Paris, der schon aus „österreichischen“ Zeiten erfahrene Politiker und erste tschechoslowakische Premierminister Karel Kramář und der um eine ganze Generation jüngere politische Neuling Edvard Beneš, verschwiegen diese Tatsache zwar nicht ganz, jedoch spielte sie in ihren Reden im tschechoslowakischen Parlament nur eine geringe Rolle: So widmete Beneš den finanziellen Fragen in seiner Rede am 30. September 1919 nur ein paar wenige Sätze. Etwas ausführlicher war Kramář, der direkt über den wirtschaftlichen und finanziellen Aspekt der Friedensverträge sprach, doch auch er behandelte den Liberalisierungsbeitrag nur am Rande. Das größte Interesse unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages von Saint-Germain galt den Erfolgen, hier vor allem den neuen Grenzen des neuen Staates. In diesem Rahmen erschienen die finanziellen Belastungen als unangenehme, im Zusammenhang mit der aus der Gründung des eigenen Staates resultierenden Euphorie jedoch als marginale und letztlich auch „berechtigte“, wie sich Kramář äußerte, Bestimmungen der Friedensverträge.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Die Rede von Edvard Beneš in der Sitzung der Revolutionären Nationalversammlung betreffend die Friedenskonferenz, 30.09.1919, in: EDVARD BENEŠ, Němci a Německo. Edice dokumentů. Sv. II/1 [Edvard Beneš, die Deutschen und Deutschland. Edition von Dokumenten. Bd. II/1], hg. v. EVA HAJDINOVÁ u. a., Praha 2015, Dok. 1.

<sup>10</sup> Zur Höhe des Liberalisierungsbeitrages vgl. EDVARD BENEŠ, Likvidace světové války. Haagské a pařížské smlouvy. Přednesno v poslanecké sněmovně a senátu [Die Liquidierung des Weltkrieges. Haager und Pariser Verträge. Vorgetragen in der Abgeordnetenkammer und im Senat], 20.05.1930, in: DERS., Boj o mír a bezpečnost státu. Československá zahraniční politika v projevech ministra dra Edvarda Beneše 1924–1933 [Der Kampf um Frieden und Sicherheit des Staates. Tschechoslowakische Außenpolitik in den Reden des Ministers Dr. Edvard Benes 1924–1933], Praha 1934, S. 491–528, hier S. 518.

<sup>11</sup> Vgl. die Rede von Karel Kramář in der Nationalversammlung am 30.09.1919, in: Společná česko-slovenská digitální parlamentní knihovna [Gemeinsame Tschecho-Slowaki-

Das ganze Thema war lange Zeit kein Gegenstand öffentlicher Diskussion, wozu zweifellos auch die Unübersichtlichkeit und Komplexität der Reparationsfrage in der damaligen europäischen Politik beitrug. Erst im Jahre 1924 informierte Beneš wieder die Nationalversammlung, diesmal die beiden Außenausschüsse, über konkrete Zahlen. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Die Kommunisten sprachen über das „Diktat der Imperialisten über ihre Lakaien“, die tschechoslowakischen Politiker,<sup>12</sup> und das Presseorgan der Agrarpartei, die Zeitung „Venkov“, betitelte seinen Bericht über den Liberalisierungsbeitrag mit den Worten „Gegen den gesunden Verstand“.<sup>13</sup> Die beginnende Affäre wurde jedoch bald von anderen innenpolitischen Konflikten überdeckt. Öffentliche Beachtung fand das Thema erst wieder 1930, zugleich war das auch das letzte Mal, dass es in der Debatte vorkam. Beneš informierte damals das Parlament ausführlich über die Ergebnisse der Haager Konferenz. In seinem langen, detaillierten Vortrag versuchte er der Kritik an der tschechoslowakischen Politik in Haag entgegenzusteuern. Sie war, seiner Meinung nach, erfolgreich, vor allem, weil sie endlich einen Schlussstrich unter die finanziellen Folgen des Krieges zog. Sowohl in diesem Kontext als auch angesichts dessen, wie viel der Krieg die „großen“ Sieger, insbesondere Frankreich gekostet hatte, erschien die endgültige Festlegung der Höhe des Liberalisierungsbeitrages als ein Erfolg, welcher der tschechoslowakischen Außenpolitik zugutekam:

„Erst heute können wir uns sowohl vom finanziellen als auch vom politischen Gesichtspunkt her [...] frei und ruhig fühlen [...]. Diese Freiheit wird jedoch nichts an den Richtlinien unserer Politik ändern. Unsere Außenpolitik muss sich weiterhin organisch entwickeln – im Einklang mit der allgemeinen europäischen Entwicklung und in den gleichen Bahnen wie bisher.“<sup>14</sup>

Der unangenehme – weil letztlich den Status eines Siegerstaates und eines „Lieblings der Entente“ gefährdende – Liberalisierungsbeitrag wurde zwar nicht verschwiegen, aber in jedem Fall marginalisiert. Im Jahre 1919 gingen die – spärlichen – Informationen in einer allgemeinen tschechi-

---

sche digitale Parlamentsbibliothek], <https://www.psp.cz/eknih/1918ns/ps/stenprot/077schuz/s077006.htm> (Zugriff: 21.07.2020).

<sup>12</sup> ANTONÍN KLIMEK, *Velké dějiny zemí Koruny české* [Die große Geschichte der Länder der böhmischen Krone], Bd. XIII: 1918–1929, Praha / Litomyšl 2000, S. 444.

<sup>13</sup> LADISLAV DVOŘÁK, *Proti zdravému rozumu! Příspěvek k našim závazkům mírovým* [Gegen den gesunden Verstand! Ein Beitrag zu unseren Friedensverpflichtungen], in: Venkov, 22.02.1924, S. 1.

<sup>14</sup> BENEŠ, Likvidace, S. 489.

schen Euphorie unter, 1924 wurde der sich abzeichnende Skandal durch andere innenpolitische Streitigkeiten erstickt und 1930 wurde das Thema letztmalig, erst am Ende eines mehrstündigen, detaillierten Vortrags, der eine Gesamtschau über die europäische Politik der letzten zehn Jahre bot, erwähnt.

Das zweite Fallbeispiel, der Rheingarantiepakt,<sup>15</sup> stellte einen epochalen Schnitt in den internationalen Beziehungen dar und wurde zur Voraussetzung für eine Rückkehr Deutschlands als bedeutender Faktor der Europa- und Weltpolitik. Die Verhandlungen über den Garantiepakt waren auch für die Nachbarn Deutschlands außerordentlich wichtig, insbesondere für die Tschechoslowakei und Polen. Dies umso mehr, als der Garantiepakt letztendlich den westlichen und östlichen deutschen Nachbarn im Sicherheitsbereich unterschiedliche Stellungen zuwies.

Die unmittelbare Vorgeschichte des Rheinlandpaktes begann mit dem Misserfolg des Genfer Protokolls. Dies war auch für Deutschland unvorteilhaft – die versprochene Räumung der ersten (Kölner) Zone, die bereits 1925 erfolgen sollte, wurde ebenso wie der bereits seit Herbst 1924 verhandelte Beitritt Deutschlands zum Völkerbund verschoben. Deutschland reagierte auf diese Probleme am 20. Januar 1925 mit einem Memorandum, in dem es Großbritannien und Frankreich den Abschluss eines Sicherheitspaktes am Rhein vorschlug.

Im Frühjahr und Sommer 1925 fanden die Verhandlungen über das deutsche Angebot statt. Eines der verhandelten Themen waren auch die Schiedsverträge, die Deutschland seinen östlichen Nachbarn in Aussicht stellte. Die Tschechoslowakei bemühte sich, über Frankreich so viele Sicherheitsgarantien Deutschlands wie möglich gegenüber seinen östlichen Nachbarn durchzusetzen. Internationales Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang auch der Besuch von Beneš in Warschau im April 1925. Beneš bemühte sich allerdings gleichzeitig darum, dass die Tschechoslowakei nicht zu sehr mit Polen in Verbindung gebracht wurde, dessen Position in der Grenzfrage in vielerlei Hinsicht weitaus komplizierter zu sein schien.

Prag hatte jedoch letztendlich mit einer Reihe seiner ursprünglichen Vorstellungen keinen Erfolg. Die Verträge von Locarno stabilisierten im Rheingarantiepakt die Westgrenze Deutschlands. Umgekehrt waren die östlichen Nachbarn Deutschlands, die Tschechoslowakei und Polen, nur

<sup>15</sup> Vgl. JON JACOBSON, Locarno Diplomacy. Germany and the West, 1925–1929, Princeton 1972, und zur Tschechoslowakei RADKO BRÁCH, Die Tschechoslowakei und Locarno. Europäische Variationen, München 2011.

von den Schiedsverträgen betroffen. Sie regelten zwar die friedliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, waren jedoch kein Teil des Rheingarantiepakts, d. h. sie wurden nicht von Großbritannien, Italien und Belgien garantiert. Nur Frankreich ergänzte seine vorherigen Bündnisverträge mit der Tschechoslowakei und Polen durch Garantieverträge mit seinen östlichen Alliierten.

Die Planung der Verhandlungen und die tschechoslowakische Beteiligung an ihnen spiegelten die komplizierte tschechoslowakische Stellung in der damaligen europäischen Politik und das Bemühen Prags wider, unter den gegebenen Bedingungen möglichst viel zu erreichen. Beneš kam zwar bereits am Abend des 7. Oktobers nach Locarno, also nur zwei Tage nach Eröffnung der Konferenz (der polnische Außenminister Aleksander Skrzyński traf erst einen Tag später ein), mit einer Beteiligung von Beneš oder Skrzyński an den eigentlichen Verhandlungen wurde jedoch nicht gerechnet. Beide wurden erst am vorletzten Verhandlungstag, am 15. Oktober 1925, hinzugeholt, als eben die Schiedsverträge mit den östlichen Nachbarn Deutschlands auf der Tagesordnung standen. Beneš selbst bewertete einerseits die Verhandlungen über das Garantieprotokoll pragmatisch,<sup>16</sup> manchmal auch mit unverhohlenen Befürchtungen. Noch vor Beginn der Verhandlungen in Locarno sandte er zum Beispiel einen langen Brief an Philippe Berthelot, in dem er sich der französischen Unterstützung und der gemeinsamen Taktik bei den Verhandlungen auf der Konferenz versicherte.<sup>17</sup>

Andererseits nahm, vor allem im Nachgang der Konferenz von Locarno, das Bemühen um eine positive Interpretation derselben gegenüber der Öffentlichkeit zu. Dies war umso wichtiger, als sich auch die Kritiker meldeten. Unter dem Titel „Von den Träumen zur Realität“ äußerte der „Venkov“ am 17. September 1925 auf der ersten Seite eine kurze, aber für damalige Verhältnisse überraschend harte Kritik an der bisherigen tschechoslowakischen Politik. Sie sollte, wie der Autor andeutete, den Träumen über die eigene Wichtigkeit eine Absage erteilen und stattdessen die Realität anerkennen, d. h., dass die „Großen wieder die Führung in Europa übernehmen und die Kleinen in die Ecke geschickt werden“. Da es in

---

<sup>16</sup> Erklärung von Edvard Beneš vor Journalisten über das Schicksal des Genfer Protokolls und des deutschen Vorschlags in dieser Frage, Prag, 21.03.1925, in: BENEŠ, Němcí a Německo, Dok. 73, S. 167.

<sup>17</sup> Beneš’ Brief an den Chef der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, über das gemeinsame französisch-tschechoslowakische Vorgehen bei den Verhandlungen über den Rheinpakt, Genf, 20.09.1925, in: Ebd., Dok. 82, S. 187 f.

Locarno vor allem um die deutsche westliche Grenze gehe, während die östlichen vielleicht gar nicht behandelt werden würden, solle die Tschechoslowakei, resümierte der Venkov, eine Lehre daraus ziehen und in Zukunft nicht mehr „die Rolle eines Zuschauers spielen, welcher in die Tafelhalle des Westens hereinschaut“.<sup>18</sup>

Beneš reagierte auf diesen kurzen Artikel mit einigen längeren Texten, in welchen er seine Außenpolitik verteidigte.<sup>19</sup> In einem offiziellen Telegramm aus Locarno, das an Masaryk adressiert war und umgehend in der Presse veröffentlicht wurde, schrieb Beneš über die Ergebnisse der Konferenz klar:

„Nach der heutigen Unterzeichnung der vereinbarten Akte teile ich Ihnen mit Freuden mit, dass während der gesamten hiesigen Verhandlungen unsere Interessen und Garantien voll verteidigt wurden, dass wir in den allgemeinen Vereinbarungen neue wichtige Garantien für die Zukunft erhielten und dass hier zweifelsohne ein großer Fortschritt für den Frieden bei uns und in allen hier beteiligten Staaten erreicht wurde.“<sup>20</sup>

In dieser Interpretation hatte die Tschechoslowakei in Locarno einen eindeutigen Erfolg erlangt, ihre internationale Stellung wurde gestärkt. Der Schiedsvertrag mit Deutschland bedeutete also im Kontext aller Verträge von Locarno keine Schwächung ihrer Position, sondern im Gegenteil eine Stärkung. Das ursprüngliche Genfer Protokoll, an dessen Formulierung sich Beneš intensiv beteiligt hatte, wäre zwar nach Beneš eine noch bessere Lösung gewesen, in der vorliegenden internationalen politischen Situation war Locarno jedoch ein ausreichendes Ergebnis, und dies nicht zuletzt auch dank des „Geistes von Locarno“, also der Atmosphäre des Vertrauens und der Friedfertigkeit unter den europäischen Politikern. Es wird sich kaum ein Dokument von Beneš aus dem Herbst 1925 finden lassen, das von dieser Bewertung abweicht.<sup>21</sup> Gerade dieser

<sup>18</sup> „Od snů ke skutečnosti!“ [Von den Träumen zur Realität!], in: Venkov, 17.09.1925, S. 1.

<sup>19</sup> BENEŠ, Němci a Německo, Dok. 83 und 84.

<sup>20</sup> Telegramm von Edvard Beneš an den Präsidenten der Republik Tomáš G. Masaryk nach Topolčianky über die Ergebnisse der Konferenz von Locarno, Locarno, 16.10.1925, in: Ebd., Dok. 88, S. 202.

<sup>21</sup> Beneš bewertete Locarno mit ebenso positiven Worten sowohl in öffentlichen Äußerungen (vgl. insbesondere seine ausführliche Parlamentsrede, EDWARD BENEŠ, Locarské smlouvy a Společnost národů, 30.10.1925. Předneseno ve Stálém výboru Národního shromáždění [Die Locarno-Verträge und der Volksbund, 30.10.1925. Vorgetragen im Ständigen Ausschuss der Nationalversammlung], in: DERS., Boj o mír, S. 340–361) als auch in den Gesprächen mit Diplomaten wie zum Beispiel mit dem österreichischen Botschafter

Eindruck sollte durch eine Fotografie von der Konferenz gestärkt und verbreitet werden, auf der Beneš mit den europäischen Staatsmännern an einem Tisch als Gleicher unter Gleichen sitzt und den Verhandlungen der Großmächte nicht etwa nur zuschaut, wie der „Venkov“ meinte.

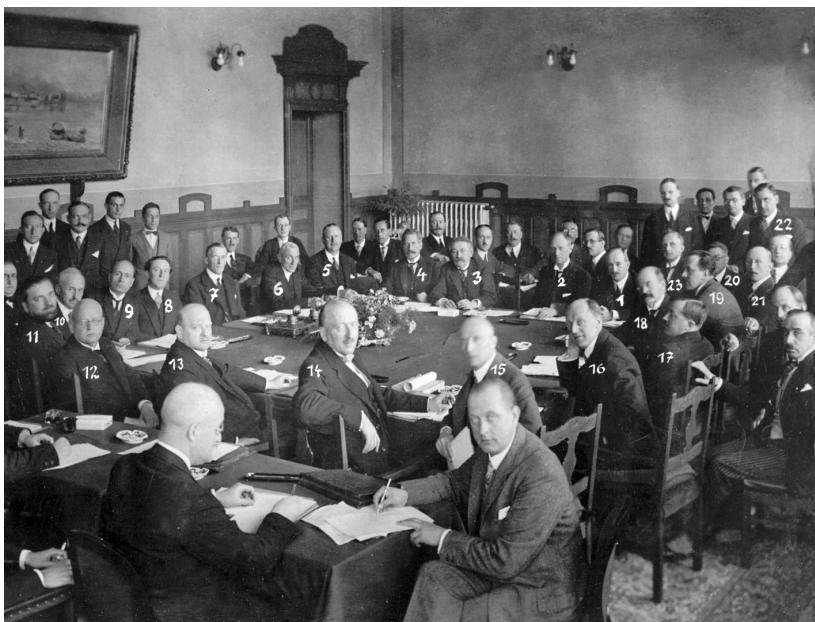


Abb. 1: Konferenz von Locarno, Abschlussitzung der Delegierten im Oktober 1925. Zu sehen sind u. a.: Edvard Beneš (1), Aristide Briand (3), Arthur Neville Chamberlain (7), Benito Mussolini (9), Hans Luther (12), Gustav Stresemann (13), Émile Vandervelde (18), Aleksander Skrzyński (19), Kamil Krofta (23).

Die Bemühungen um eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa nach Locarno, die ihren Höhepunkt mit dem Briand-Plan und einer neuen Lösung der deutschen Reparationszahlungen und der Räumung des Rheinlands zu haben schienen, verliefen jedoch im Sande. Die in Genf eingerichtete Kommission für die Untersuchung einer potentiellen Euro-

---

Ferdinand Marek am 7. November 1925. Vgl. Marek an Herrn Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Heinrich Mataja. Unterredung mit Minister Dr. Beneš über verschiedene aktuelle Fragen, Prag, 07.11.1925, Österreichisches Staatsarchiv, Bestand AdR, NPA, Kart. 693.

päischen Union stellte zwar eine detaillierte Forschung vor allem der wirtschaftlichen Möglichkeiten einer europäischen Vereinigung an, erreichte aber keine bedeutenderen realen Erfolge. In diesem Kontext wirkte der Plan einer deutsch-österreichischen Union, welcher hier als ein drittes Fallbeispiel behandelt wird, wie eine Sensation. Ursprünglich wollten Deutschland und Österreich ihr Projekt offiziell erst im Mai 1931 veröffentlichen, durch eine Indiskretion gelangte es aber schon Mitte März an die Öffentlichkeit.<sup>22</sup> Nach Bekanntwerden der deutsch-österreichischen Vereinbarung soll Beneš erklärt haben:

„Curtius ist ein Gaffeur. Er hat Scheuklappen auf den Augen und sieht die politische Situation Europas nicht. Deutschland hat nichts dazugelernt, es hat immer noch die Vorkriegskonzeption von Naumanns Mitteleuropa. Regionale Verträge können nur kleine Staaten mit kleinen abschließen, nicht eine Großmacht eines 60-Millionen-Staats mit einem 7-Millionenstaat.“<sup>23</sup>

Damit legte Beneš kurz und bündig die Grundzüge seiner Kritik der deutsch-österreichischen Verhandlungen dar, die er in den folgenden Wochen und Monaten nur noch präzisierte. Für Beneš bedeutete die Nachricht von dem deutsch-österreichischen Abkommen vor allem eine Bestätigung seiner Befürchtungen eines deutschen Mitteleuropas und einer Rückkehr zur alten Außenpolitik.

Von einer „Konzeption eines Vorkriegsmitteleuropas“ und einer „Einkreisung der Tschechoslowakei“, die zu einem Anschluss „gezwungen“ werden solle, schrieb Beneš auch in seinem Zirkularbericht bereits am 21. März 1931. In den am nachfolgenden Tag versandten Instruktionen für die Gesandtschaften in Belgrad und Bukarest formulierte Beneš die Gefahr, dass die Tschechoslowakei

„in einen Block gerät, der wirtschaftlich und damit auch politisch dem deutsch-ungarischen Einfluss unterliegt. Für die Zukunft wäre uns dadurch eine politische Bewegungsfreiheit unmöglich gemacht.“

<sup>22</sup> WALTER GOLDINGER, Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931, in: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, hg. v. Institut für österreichische Geschichtsforschung und der Wiener Katholischen Akademie, Wien 1965, S. 527–546, hier S. 534.

<sup>23</sup> Zoll- und Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich. Protokoll des Kabinetts. Geheim, o. D. [24.03.1931], AMZV, Tresorakten.

Die Instruktion schloss er lapidar ab: „In einem einheitlichen Europa mit Frankreich, Belgien und Polen können wir sein, aber nicht ohne sie in Mitteleuropa.“<sup>24</sup>

Erstmalig öffentlich äußerte sich Beneš zum deutsch-österreichischen Plan bereits am 26. März 1931 in seiner Rede vor dem Außenausschuss des Abgeordnetenhauses. Sein Auftritt war jedoch nur kurz und informativ.<sup>25</sup> Bei weitem genauer widmete er sich der ganzen Frage in seiner umfangreichen Rede vor den Außenausschüssen der Abgeordnetenkammer und des Senats Ende April 1931.<sup>26</sup> Dieser Auftritt von Beneš bildet gemeinsam mit einigen weiteren von tschechoslowakischen Diplomaten veröffentlichten Texten die Hauptquelle für die Untersuchung der offiziellen tschechoslowakischen Stellung zum deutsch-österreichischen Projekt einer Zollunion.<sup>27</sup>

Das Kernargument dieser Texte bewegte sich eher auf einer allgemeinen, gesamteuropäischen Ebene. Beneš lehnte es ab, dass eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich den Gedanken einer europäischen Zusammenarbeit entsprechen oder, wie offiziell von Deutschland und Österreich behauptet, eine Fortsetzung und Realisierung von Briands Gedanken darstellen würde. Umgekehrt würde nach Beneš' Meinung das Projekt einer Zollunion Europa in den internationalen Beziehungen auf den Stand vor 1914 zurückwerfen, also zur Bildung feindlicher Staatenblöcke führen, die sich um die einzelnen Großmächten gruppierten, deren Feindschaft das Kriegsrisiko erhöhen würde.<sup>28</sup> Der Plan bedrohte, wollte man fast sagen, nicht nur die Tschechoslowakei, er drohte, ganz Europa aus seiner neuesten Entwicklung zurück in die Zeit vor dem Epochenein-

---

<sup>24</sup> Instruktion für die tschechoslowakischen Gesandtschaften in Belgrad und Bukarest, 22.03.1931, AMZV, Tresorakten.

<sup>25</sup> EDVARD BENEŠ, Československo a celní dohoda německo-rakouská, 26.03.1931 [Die Tschechoslowakei und die deutsch-österreichische Zollunion], in: DERS., Boj o mír, S. 551–553. Zu Beneš' Auftritt fand auf seinen Antrag hin keine Debatte statt, da er in einer Debatte „antworten und dieses oder jenes widerlegen müsste. Ich betrachte dies jedoch in diesem Verhandlungsstadium als noch nicht reif für eine Debatte.“ Stenografisches Protokoll von der Sitzung des Außenausschusses 26.03.1931, Archiv der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik, Poslanecká sněmovna [Abgeordnetenkammer] 3, Zahraníční výbor [Außenausschuss], Kart. 105.

<sup>26</sup> EDVARD BENEŠ, Anšlus nebo nová Evropa? [Anschluss oder ein neues Europa?], 23.04.1931, in: DERS., Boj o mír, S. 554–600.

<sup>27</sup> Vgl. vor allem: JAROSLAV PAPOUŠEK, Politischer Hintergrund der deutsch-österreichischen Zollunion, Prag 1931.

<sup>28</sup> BENEŠ, Anšlus, S. 572.

schnitt des Ersten Weltkrieges zu befördern. Somit wurde er von Prag stets stark angegriffen und in Frage gestellt.

Das deutsch-österreichische Projekt scheiterte bekanntermaßen vor allem an der österreichischen Abhängigkeit von einer Finanzhilfe aus Frankreich, die nach dem Bankrott der Creditanstalt erneut nötig wurde.<sup>29</sup> Die französische Seite konnte die entstandene Situation ausnutzen, und dem österreichischen Bundeskanzler Johann Schober blieb nichts anderes übrig, als im September 1931 zu erklären, dass Österreich den Plan nicht weiter verfolgen werde. Danach lief noch ein Verfahren vor dem Haager Gerichtshof, dem die Frage der Vereinbarkeit des Projekts einer Zollunion mit den Friedensverträgen und den Genfer Protokollen vorgelegt wurde. Das Gericht entschied zwei Tage nach Schobers Erklärung, wenn auch mit knapper Mehrheit, zu Ungunsten der deutsch-österreichischen Zollunion.

Die bisher stärkste Bedrohung für die Tschechoslowakei stellte, vier- tens, die österreichische Krise im Winter 1938 dar. Unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland am 12. März 1938 herrschte in Prag Ratlosigkeit. Den Erinnerungen des Eisenbahnministers Rudolf Bechyně zufolge wurden die Minister „an diesem kritischen Abend“ zu einer außerordentlichen Sitzung der Regierung einberufen, die sich „bis in die Nacht verlängerte“. „Den Ministern“, fuhr Bechyně fort,

„wurden die Nachrichten mitgeteilt, die aus Österreich und aus den europäischen Hauptstädten kamen. Man sprach nicht viel. Alle waren sich der Last der Verantwortung bewusst.“<sup>30</sup>

Auch die offizielle Reaktion der Tschechoslowakei war zurückhaltend. Laut des tschechoslowakischen Außenministers Kamil Krofta käme „bei einer praktischen Untätigkeit des Westens etwaiges Einschreiten unsererseits natürlich gar nicht in Frage“.<sup>31</sup>

Die deutsche Seite versuchte auf außenpolitischer Ebene gleich nach dem Anschluss, Prag zu beruhigen: Schon im Laufe des Anschlusses und in den nächsten Stunden und Tagen erklärte der deutsche Botschafter dem

<sup>29</sup> Vgl. DIETER STIEFEL, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931, Frankfurt am Main 1989.

<sup>30</sup> Zit. nach KLIMEK, Velké dějiny, Bd. XIV: 1918–1929, Praha / Litomyšl 2002, S. 519.

<sup>31</sup> Zit. nach JINDŘICH DEJMEK, Edvard Beneš. Politická biografie českého demokrata. Část druhá: Prezident republiky a vůdce národního odboje (1935–1948) [Edvard Beneš. Politische Biografie des tschechischen Demokraten. Zweiter Teil: Präsident der Republik und Führer des nationalen Widerstandes (1935–1948)], Praha 2008, S. 100.

tschechoslowakischen Partner, dass es sich nur um eine „innerdeutsche“ Angelegenheit handle. Über die Respektierung der tschechoslowakischen Grenze sprach mit dem tschechoslowakischen Botschafter in Berlin zweimal auch Göring.<sup>32</sup> Die Politiker in Prag verschlossen jedoch die Augen vor der auf einmal drastisch verschlechterten Sicherheitslage der Tschechoslowakei nicht gänzlich. Am 18. März äußerte Krofta gegenüber den tschechischen Journalisten, dass man solchen deutschen Beteuerungen nicht ganz vertrauen könne: „Nach außen stellen wir es so dar, als ob wir alles geglaubt hätten [...], doch niemand kann uns daran hindern, im Inneren Zweifel zu hegen.“<sup>33</sup>

Zugleich jedoch wollte man diesen Zusicherungen Glauben schenken, entsprachen sie doch dem Unterton der internen Gedankengänge als auch der nach außen präsentierten Position Prags. Noch vor dem Anschluss, unmittelbar nach dem Treffen Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden, beteuerte Beneš den tschechoslowakischen Diplomaten in einem Zirkulartelegramm:

„Wir sind standfest und Deutschland wird sich nichts Ähnliches gegen uns leisten. Berlin selbst respektiert den fundamentalen Unterschied zwischen uns und Österreich. Österreich ist für Deutschland [...] eine ‚Familienangelegenheit‘, die Tschechoslowakei dagegen ein fremder Staat, ähnlich wie Polen oder Jugoslawien. Dies wird von Berlin ausdrücklich anerkannt und als eine bloße Tatsache angesehen. Deshalb wird es keine ähnlichen Versuche gegen die ČSR geben.“<sup>34</sup>

Es überrascht daher nicht, dass die Leiter der tschechoslowakischen Außenpolitik nach dem Anschluss versuchten, etwas Ermutigendes an der ganzen Situation zu finden.

In dem schon erwähnten Gespräch mit den Journalisten unmittelbar nach dem Anschluss deutete Krofta darauf hin, dass die Tschechoslowakei doch ein anderer Fall sei: So wäre der Anschluss indirekt auch dank der konfliktreichen Tradition der inneren österreichischen Politik ermöglicht worden und die Zustimmung eines Teiles der österreichischen Politiker und der Bevölkerung zu dem Anschluss habe den westlichen Kräften eine willkommene Gelegenheit, ihre Nichteinmischung zu begründen, gebo-

<sup>32</sup> KLIMEK, Velké dějiny, Bd. XIV, S. 520.

<sup>33</sup> Archiv des T. G. Masaryk-Instituts [im Folgenden: AÚTGM], Bestand Krofta, Kart. 13, Výklad pana ministra Dr. Krofty. Záznam tiskové besedy [Vortrag Minister Dr. Krofta. Protokoll der Pressekonferenz], 18.03.1938.

<sup>34</sup> AÚTGM, Bestand EB 1, Kart. 218, Cirkulárka pana prezidenta [Zirkularbericht des Präsidenten], 18.02.1938.

ten.<sup>35</sup> Der Anschluss stärkte daher zumindest nach außen die Vorstellung, dass die Tschechoslowakei kein Österreich wäre,<sup>36</sup> und Beneš versicherte gegenüber den westlichen Partnern, die Qualität und Einsatzbereitschaft der tschechoslowakischen Armee sei gegeben.<sup>37</sup>

### Zusammenfassung

Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik war nicht nur ein Instrument der Durchsetzung der tschechoslowakischen „nationalen“ Interessen in der Welt. Sie spielte auch im Inneren eine wichtige Rolle, wo sie versuchte, den jungen Staat zu stabilisieren. Die Deutung, nach welcher die Existenz der Tschechoslowakei im Einklang mit den wissenschaftlich festgestellten historischen Gegebenheiten stand, setzte jedoch einen ziemlich engen Rahmen für die innere Darstellung und Behandlung der Außenpolitik. Der außenpolitische Diskurs versuchte stets, die „große“ Politik für das heimische Publikum in diesem Rahmen zu übersetzen. Man benutzte mehrere Strategien, um die internationalen Entwicklungen, die im Gegensatz zum tschechoslowakischen Narrativ standen, doch zu entschärfen. Im Falle der Diskussion über den Liberalisierungsbeitrag war es die Strategie der Marginalisierung. Obwohl diese faktischen Reparationen die Konzeption der Tschechoslowakei als eines Siegerstaates hätten in Frage stellen können, wurden sie als eine vergleichsweise kleine und berechtigte Forderung der westlichen „Freunde“ dargestellt. Die Ergebnisse der Locarno-Konferenz wurden anders behandelt. Beneš präsentierte sie vielmehr als einen Erfolg, der ganz im Einklang mit den Prämissen der tschechoslowakischen Außenpolitik stünde.

Im Falle des deutsch-österreichischen Planes einer Zollunion wählte die tschechoslowakische Außenpolitik eine offensivere Strategie. Der Plan scheiterte letztlich an der beginnenden Wirtschaftskrise und an dem erfolgreichen französischen Druck. Dem letzten hier behandelten Fall, dem Anschluss Österreichs an Deutschland, begegnet man mit einer Mischung aus Ratlosigkeit, Ignoranz und letztlich der Überzeugung, dass Österreich und die Tschechoslowakei nicht miteinander zu vergleichen seien. Der unendlich schwierige Versuch, die Entwicklungen der interna-

<sup>35</sup> AÚTGM, Bestand Krofta, Kart. 13 (wie Anm. 33).

<sup>36</sup> KLIMEK, Velké dějiny, Bd. XIV, S. 519.

<sup>37</sup> DEJMEK, Edvard Beneš, S. 102.

tionalen Politik mit dem *raison d'être* des eigenen Staates in Einklang zu bringen, gipfelte nach dem März 1938 letztlich in einer Politik der Illusionen.

Diese Erwägungen sind in keinem Falle moralisch abwertend gemeint. Eine Politik der Illusionen hatte eine wichtige stabilisierende Funktion im Inneren. Die großen Erzählungen von Benes und seinen Mitarbeitern waren der Versuch, in den bewegten 1920er und 1930er Jahren Rationalität und Stabilität zu vermitteln und stärkten daher die Zuversicht in den neuen Staat. Von diesem Gesichtspunkt her war es erst das Münchener Abkommen, das die gesamte tschechoslowakische Staatsidee in Frage stellte. Das Abkommen konnte nicht mehr in das tschechoslowakische Narrativ integriert werden, welches viel an Legitimität und Überzeugungskraft eingebüßt hatte. So lassen sich auch die radikale Distanzierung vieler ehemaliger Demokraten von diesem Staat nach dem September 1938 und die heftigen Angriffe gegen die Erste Republik in einem Teil der Presse der Zweiten Republik erklären.

Aus dem „Liebling der Entente“ wurde ein verratener und vergessener Staat am Rande Europas. Diese Schlussfolgerung hat die Außen- wie auch die Innenpolitik nicht nur der kurzlebigen Zweiten Republik, sondern auch der Tschechoslowakei nach 1945 mitgeprägt und das staatstragende Narrativ der Jahre 1918 bis 1938 wurde nie wieder vollständig rekonstruiert.

### Abbildungsnachweis

Abb. 1: <http://vademecum.mua.cas.cz/vademecum/permalink?xid=196501D124EF11E7825A4437E66A1E83> (Zugriff 15.04.2021).